



Rundbrief Januar III 2024

Südafrika wirft Israel Völkermord in Gaza vor.

Es ist kein arabisches Land, das Israel Völkermord in Gaza vorwirft, nein, es ist Südafrika. Das hat wohl seine Gründe: Die arabischen Staaten sind mit sich selbst beschäftigt und trauen sich nicht, eine solche Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) anzustrengen. Südafrika dagegen klagt gegen Israel und zwar aus Überzeugung: Schon Präsident **Nelson Mandela** und Bischof **Desmond Tutu** haben immer die israelische Besatzungspolitik mit dem System der Apartheid verglichen. Zudem hat man in Südafrika nicht vergessen, dass Israel bis zuletzt das menschenverachtende Apartheid-Regime unterstützte. Darüber hinaus sieht Südafrika in seinem Vorwurf alle Merkmale des Völkermords als gegeben an.

Am 11.1.2024 wurde die Verhandlung über die Klage Südafrikas gegen Israel unter weltweitem Interesse eröffnet und verfolgt. Dabei geht es um die Frage, ob Israel die verbindliche Völkermordkonvention verletzt und einen Völkermord begangen hat, wobei die Missachtung des Völkerrechts durch die Hamas (da kein Staat) in dem hierfür zuständigen „Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte“ verhandelt wird. Die Republik Südafrika hat ihre Klageschrift in 84 Seiten zusammengestellt und vor dem IGH ihre Juristinnen und Juristen für ihre Argumentation sprechen lassen (siehe Zur Sache 4-2024).

Am 12.1.2024 wurden die Gegenargumente des Staates Israel vor dem IGH von seinen Anwältinnen und Anwälten vorgetragen. Wie erwartet, sind die Vertreter Israels der Überzeugung, dass die israelische Armee keinen Bruch des Völkerrechts begangen und dass der Staat Israel keine solche Planung gehegt habe.

Da es bis zum Abschluss der Beratungen und zu einem Urteil Monate und Jahre dauern kann, hat Südafrika vorsorglich eine sofortige Feuerpause im Eilverfahren beantragt. Die DPG wird selbstverständlich das Verfahren beobachten und darüber später informieren.

Nazih Musharbash

Siedlergewalt

Seit vielen Jahren berichten die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. über die zunehmende Aggression von jüdischen Siedlern, über ihre Provokationen, Verbrechen, Tötungen und Vertreibung von palästinensischen Familien aus ihren Häusern. Die Bundesregierung und vor allem das Auswärtige Amt haben immer darüber Bescheid gewusst, aber bis jetzt, dieses schändliche Phänomen, weil „israelschädlich“ wohl nicht so scharf kritisiert, wie jetzt von Außenministerin **Baerbock**.



Ministerin Baerbock fordert Schutz vor Siedlern

RAMALLAH Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat von der israelischen Regierung verlangt, die Palästinenser im Westjordanland besser vor Übergriffen israelischer Siedler zu schützen. „Es ist die Verantwortung der israelischen Regierung, bei Angriffen auf Menschen, die hier legitim wohnen und illegal angegriffen werden, den Rechtsstaat umzusetzen und durchzusetzen“, sagte Baerbock in der palästinensischen Ortschaft Al-Masraa al-Kiblija. Baerbock und ihre Delegation wurden von einer offensichtlich von israelischen Siedlern gestarteten Drohne beobachtet. *dpa*

Diese ungewöhnliche Schelte von **Baerbock** an Israel, in der sie zu Recht „besseren Schutz“ für die Palästinenser vor jüdischer Siedlergewalt fordert, ist sehr bemerkenswert. Erst als die USA das aggressive Vorgehen von Siedlern scharf kritisierten und den Betroffenen die Einreise in die USA verweigern wollen, traut sich unsere Bundesregierung, die ständigen Übergriffe Menschen mit tödlichen Folgen beim Namen zu nennen. Der zuständige Sicherheitsminister **Ben Gver** hat jüdische Siedler bewaffnen lassen und ihnen in vielen Reden zugesichert, dass niemand beim Töten von Palästinensern belangt würde. Es ist längst gängige Praxis, dass das israelische Militär den Übergriffen zusieht und die Angreifer schützt. Ist die Verweigerung der Einreise in die Bundesrepublik für diese Täter eine Strafe? Nein! Sie würden ohnehin nicht nach Deutschland wollen.

Nazih Musharbash, DPG-Präsident

Israels Krieg in Gaza - Das laute Schweigen der Deutschen

Von Daniel Bax



Daniel Bax i

ist Redakteur im Parlamentsbüro der taz. Er schreibt zu verschiedenen Themen und interessiert sich für Religion, Migration und Integration. 2015 erschien sein Buch „Angst ums Abendland“ bei *Westend - academics* über antisemitischen Rassismus.



Mit der Haltung zum Nahost-Krieg verrät Deutschland seine Werte. Statt den Kurs zu hinterfragen, verstehen sich Medien als Hüter der „Staatsräson“.

Zu Russlands Krieg gegen die Ukraine fanden deutsche Politikerinnen und Politiker klare Worte. Deutschland stehe „in der Pflicht, die Menschenrechte überall und zu jeder Zeit zu achten und zu verteidigen“, erklärte **Olaf Scholz** im Herbst 2022 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Den Internationalen Strafgerichtshof und den UN-Menschenrechtsrat werde sein Land „mit aller Kraft“

unterstützen, versprach er. Und: Hunger dürfe nie wieder als Waffe eingesetzt werden, sagte der Kanzler an anderer Stelle.

„Gezielte Angriffe auf zivile Infrastrukturen – mit der klaren Absicht, Männer, Frauen und Kinder von Wasser, Strom und Heizung abzuschneiden – sind reine Terrorakte“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Oktober 2022 vor dem Europaparlament in Straßburg, wo sie auch klarstellte: „Das sind Kriegsverbrechen.“ Und Außenministerin **Baerbock** sagte im Februar 2023 vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf mit Blick auf die Kinder, die in diesem Krieg zum Opfer werden: „Wir müssen ihre Namen aussprechen und ihre Rechte fördern. Und wir müssen die Täter beim Namen nennen“.

Zu Israels Kriegsführung in Gaza fehlen deutschen Politikerinnen und Politikern dagegen die Worte – und das seit drei Monaten. Bei allen Unterschieden – es gab keinen Terrorangriff auf Russland, die Ukraine ist ein souveräner Staat – wird jetzt auch in Gaza eine zivile Bevölkerung kollektiv bestraft und deren zivile Infrastruktur angegriffen, werden überproportional viele Kinder getötet und Hunger als Waffe eingesetzt. All das sind Kriegsverbrechen. Doch der deutschen Politik hat es die Sprache verschlagen. Damit verrät Deutschland seine Werte, macht sich ungläubwürdig und entfremdet sich vom Rest der Welt.

Katastrophale Lage

In seiner Neujahrsansprache erwähnte **Scholz** die Lage in Gaza mit keiner Silbe, dabei ist sie dramatisch. 85 Prozent der 2,3 Millionen Menschen im Gazastreifen wurden in den letzten drei Monaten innerhalb ihrer Enklave vertrieben und suchen in deren Süden Schutz, die Hälfte von ihnen ist minderjährig. Mehr als einer Million droht der Hungertod, warnt die UN. Vier von fünf der hungrigsten Menschen der Welt leben in Gaza, schrieb UN-Generalsekretär **António Guterres** kurz vor Weihnachten auf dem Nachrichtendienst X. Ein Viertel der Menschen in Gaza könnte im Laufe eines Jahres an Hunger und Krankheiten sterben, weil es an Nahrung, sauberem Wasser und medizinischer Versorgung fehlt, warnt die Global-Health-Analystin und Guardian-Kolumnistin **Devi Sridhar**. Die Menschenrechtsorganisationen *Oxfam* und *Human Rights Watch* werfen Israel vor, Hunger als Kriegswaffe zu benutzen.

Mehr als 22.000 Menschen sind offiziellen palästinensischen Angaben zufolge bereits israelischen Bomben zum Opfer gefallen, mehr als zwei Drittel davon sollen Frauen und Kinder sein. Die tatsächliche Zahl dürfte höher sein, weil Tausende weitere Menschen womöglich noch unter den Trümmern begraben liegen. Zehntausende sind teilweise schwer verletzt, allein tausend Kinder sollen eines oder beide Beine verloren haben. Doch höchstens 13 von 36 Krankenhäusern im Gazastreifen sind laut der WHO noch funktionsfähig, im Norden kein einziges mehr.

Schon jetzt stelle die israelische Kriegsführung in Gaza die Zerstörung von Aleppo und Mariupol, Mossul und Rakka in den Schatten, sagen Experten. Unter den vielen Opfern finden sich eine Rekordzahl an Ärztinnen und Ärzten, Journalistinnen und Journalisten, UN-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern, aber auch Intellektuelle und Kunstschaffende. Das Rechercheteam von *Forensic Architecture* wirft Israel eine systematische Kampagne gegen die medizinische Infrastruktur in Gaza vor. Das *Internationale Presse-Institut* (IPI) spricht von „der größten Anzahl von Journalisten, die in einem modernen Krieg oder Konflikt in so kurzer Zeit getötet wurden“. Das *Committee to Protect Journalists* (CPJ) in New York zeigte sich „besonders besorgt

über ein offensichtliches Muster von Angriffen des israelischen Militärs auf Journalisten und ihre Familien“.

Die vierte Gewalt fällt aus

Die israelische Kriegsführung im Gazastreifen gehöre schon jetzt zu den tödlichsten und zerstörerischsten der jüngeren Geschichte, berichtete die amerikanische Agentur Associated Press. In knapp drei Monaten habe Israels Armee mehr Zerstörung angerichtet als Assads Armee im syrischen Aleppo in den vier Jahren zwischen 2012 und 2016, Russlands Armee im ukrainischen Mariupol oder die US-geführte Koalition in ihrem dreijährigen Feldzug gegen den IS in Mossul und Rakka. Sie zitierte die Wissenschaftler **Corey Scher** und **Jamon Van Den Hoek**, zwei ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der Kartierung von Kriegsschäden, die dafür Satelliten-daten auswerteten.

Der US-Sender CNN berichtete, fast die Hälfte der Bomben, die Israels Armee über Gaza abwerfe, seien sogenannte „dumme“, unpräzise Bomben, die viele Zivilisten töteten. Die New York Times berichtete, Israels Armee habe einige dieser „dummen“ 2.000-Pfund-Bomben über Gebieten abgeworfen, die sie vorher zu angeblich sicheren Schutzzonen für die Zivilbevölkerung erklärt habe, auch über Flüchtlingslagern.

Solche Recherchen sucht man in deutschen Leitmedien vergeblich. Hier empört man sich eher über **Greta** und **Masha Gessen** als über den Krieg in Gaza. Denn viele Journalistinnen und Journalisten hierzulande verstehen sich vor allem als Hüter der Staatsräson. Sie sind mehr damit beschäftigt, abweichende Meinungen zu verurteilen, als den deutschen Schulterschluss mit Israel zu hinterfragen. Statt ihre Leserinnen und Leser zu informieren, missionieren sie. Als vierte Gewalt fallen sie aus. Deshalb machen sich in Deutschland viele keine Vorstellung davon, was gerade in Gaza passiert. Oder, weil sie es gar nicht wissen wollen. Weil sie sich die Dinge schönreden.

Bedenkliche Fantasien

Wenn das Ziel des Krieges ist, die Hamas, und ausschließlich die Hamas, vernichtend zu schlagen – warum hat die israelische Armee den Norden von Gaza praktisch unbewohnbar gemacht? Warum zweifeln israelische Politikerinnen und Politiker bis hin zum Präsidenten an, dass man in Gaza zwischen Terroristen und Zivilbevölkerung unterscheiden könne? Warum sprechen manche Minister ganz offen davon, die Palästinenser aus Gaza zu vertreiben und dort wieder jüdische Siedlungen zu errichten? Und warum beschwor der israelische Premier im Kampf gegen die Hamas die biblische Legende vom Volk Amalek, das immer wieder gegen das Volk Israel kämpfte und dafür zur Strafe mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurde?

Diese Fragen könnten Politik und Medien stellen. Doch in Deutschland klammert man sich noch immer an die Vorstellung, Israel sei ein Staat, mit dem man gemeinsame Werte teile und der sich an das Völkerrecht halte. Dabei hat Israel eine lange Geschichte von dokumentierten Kriegsverbrechen, die nie geahndet wurden, und für Palästinenser, die unter seinem Besatzungsregime leben, gilt ein anderes Recht als für israelische Staatsbürger – das Militärrecht. Relevante Menschenrechtsgruppen – nicht nur Amnesty International, sondern auch *Human Rights Watch* und die israelische Organisation *B'Tselem* – sprechen deshalb von einem Apartheidsystem.

Schwere Vorwürfe

Wie anders in anderen Teilen der Welt über Israels Kriegsführung gedacht wird, zeigt Südafrikas Vorstoß, das Land jetzt wegen „Völkermord“ vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu verklagen. Auch die Regierungen Brasiliens, Kolumbiens und Boliviens, Algeriens und anderer Staaten erheben den Genozid-Vorwurf gegen Israel. Südafrikas 84-seitige Anklageschrift versucht zu belegen, dass es sich bei der massiven Zerstörung und den vielen Toten im Gazastreifen um das Ergebnis einer gezielten Strategie handelt. Es ist eine bedrückende Lektüre.

Im Eilverfahren sollen die UN-Richter aus Sicht Südafrikas nun ein Ende der Gewalt gegen Palästinenserinnen und Palästinenser anordnen. Vier von fünf Staaten der Welt stimmten bereits im November in der UN-Generalversammlung für einen sofortigen humanitären Waffenstillstand in Gaza. Deutschland gehörte zu den wenigen Ländern, die dagegen stimmten oder sich enthielten. Europäische Staaten stimmten kreuz und quer – Österreich und Tschechien an der Seite Israels und der USA; Frankreich, Spanien und Belgien dagegen für einen Waffenstillstand. Deutschland enthielt sich. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik liegt in Trümmern. Jean Asselborn, Luxemburgs Ex-Außenminister, warnte daher schon vor einem Monat: „Die Geschichte wird uns das nicht verzeihen.“

Ob es sich im juristischen Sinne um Völkermord handelt, werden Juristinnen und Historiker vermutlich erst rückblickend beurteilen. Fest steht aber schon jetzt, dass es im Gaza-Krieg deutliche Anzeichen für massive Kriegsverbrechen gibt – nicht nur seitens der Hamas bei ihrem Massaker am 7. Oktober und ihren ständigen Raketenangriffen, sondern auch seitens der israelischen Armee, durch die kollektive Bestrafung und ihr Dauerbombardement der Zivilbevölkerung von Gaza. Nur Israels Partnerländer können sie von ihrem verhängnisvollen Kurs abbringen. Selbst US-Präsident Joe Biden hat die israelische Regierung davor gewarnt, sich durch ihr „willkürliches Bombardement“ zu isolieren. Die Bundesregierung aber schweigt und macht sich so mitschuldig.

Die Deutschen möchten gerne glauben, sie hätten aus ihrer Geschichte gelernt. Der Rest der Welt hört ihr lautes Schweigen und sieht ihr bewusstes Wegschauen. Er nimmt deutsche Politikerinnen und Politiker nicht mehr ernst, wenn sie von Menschenrechten sprechen. Das hat fatale Folgen: Es untergräbt die Bemühungen um eine regelbasierte Weltordnung und ermuntert auch andere Staaten, auf das Recht des Stärkeren zu setzen.

Behinderung der Lieferung von Hilfsgütern durch Israel

Anfang der Woche waren die beiden US-Senatoren **van Hollen** und **Merkley** an der Gaza-Grenze und haben untersucht, warum so wenig Hilfsgüter in den Gaza-Streifen kommen. Man hat ja immer das Gefühl, dass auch die Ägypter das Spiel der Israelis mitspielen und sich weigern, mehr Waren nach Gaza zu lassen. Das ist allerdings eine Vereinfachung: Die Israelis zwingen die Ägypter, alle Lastwagenladungen erst einmal an der ägyptisch-e Grenze am Übergang **Nitzana** (40 km südlich von Gaza) durch israelische Grenzbeamte abfertigen zu lassen. Alle Wagen die kein israelisches Clearing haben, werden sie ggf. von den Israelis bombardiert. Das gilt auch für

Lieferungen der UN und des IRC. Die Israelis machen aber "Dienst nach Vorschrift". Deswegen kommt nur ein Bruchteil der benötigten Lieferungen nach Gaza.

Getting aid into Gaza



Nach ihrem Besuch in Rafah haben die beiden Senatoren die dramatische Situation und die Details der skandalösen Verzögerungstaktik durch Israel sehr anschaulich erklärt. Ich habe neulich mal ein Interview dazu gehört.

Ivesa Lübben, DPG-Vizepräsidentin

<https://www.thenationalnews.com/mena/palestine-israel/2024/01/07/us-senators-angered-by-unreasonable-israeli-holdup-of-gaza-aid/>

<https://www.reuters.com/world/middle-east/why-gazas-rafah-border-crossing-matters-why-egypt-is-keeping-it-shut-2023-10-17/>

Video

Anbei ein Video von der letzten friedlichen Palästinenser-Demo und Kundgebung vom 7. Januar 2024, das gerne weitergeleitet werden kann.

Hier: <https://youtu.be/1qgxdOnCAAg?si=9ZMzZGTB1zS3nVVw>

Auf der Homepage von AK Nahost-Bremen ebenfalls und mit Fotos.

Hier: <http://nahost-forum-bremen.de/>

